



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die sächsischen Landtagswahlen

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Photographischen befangen, daß die Forderung des Malerischen nicht eindringlich genug erhoben werden kann.

Treten wir dagegen in ein Haus der vergangnen Zeit — schon das Äußere mit seiner oft bizarren Vernachlässigung des Konventionellen, mit seinen ungeraden Fensterreihen, nicht regelrecht in der Mitte angebrachten Thüren, seinen Erkern und Altanen wirkt malerisch. Es spricht da etwas Individuelles, eine Persönlichkeit tritt uns entgegen, mit festem Raumgefühl, das Auge hat Ruhepunkte und doch kräftige Linien, es kann den Raum zergliedern, zerlegen, was beim Konventionellen, Schematischen, Photographischen nicht der Fall ist, und auf dieser Möglichkeit beruht eben das Malerische. Und nun weiter die Treppe mit ihrer kräftigen perspektivischen Wirkung, ihrem harmonischen Gefüge, das den Raum erfüllt, ohne den Begriff des Raumes aufzuheben; ebenso die Zimmer, ebenso die Einrichtung. Das „Germanische Museum“ in Nürnberg hat Zimmer der verschiedensten Zeitabschnitte der Vergangenheit aufgestellt: ein Wohlbehagen überkommt uns in all diesen Räumen, weil der Geist des Malerischen in ihnen lebt und webt. Das, was an Raum aufzulösen war, ist aufgelöst, ohne den gesamten Raum zu verkümmern, im Gegenteil mit dem sichern Gefühl, den Raum erst recht als solchen erscheinen zu lassen. Und darin liegt eben das Raumgefühl, daß das, was den Raum erfüllt, in Harmonie zu diesem steht, Raum und Füllung einander heben und ergänzen; darin liegt auch die malerische Wirkung.

Das Raumgefühl, der Sinn für das Malerische ist abhanden gekommen. Die Mißstände der Kunst und des Kunstgewerbes erwachsen aus dem Photographischen. Will man sie heben, muß man zum Malerischen zurückkehren.



## Die sächsischen Landtagswahlen



Bei der kürzlich vorgenommenen Drittelserneuerung der zweiten Ständekammer Sachsens ist es den Sozialdemokraten gelungen, ihre Stimmenzahl von 18280 auf 35650, die Zahl ihrer Vertreter von 8 auf 11 zu erhöhen. Damit haben sie die Berechtigung erworben, innerhalb der Kammer eine Fraktion zu bilden und selbständige Anträge zu stellen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß sie von dieser Befugnis ausgiebig Gebrauch machen werden. Die Ordnungsparteien sind augenblicklich noch mit gegenseitigen erbitterten Erörterungen darüber beschäftigt, welche von ihnen für den Mißerfolg der Wahlen verant-

wortlich sei. Näher läge es, sich klar zu machen, wie sich die Kammer zu der neu geschaffnen parlamentarischen Lage stellen soll. Von einer Beschränkung des Wahlrechtes durch Erhöhung des niedrigen Zensus (3 Mark direkte Staatssteuern = einem Einkommen von 600 Mark) kann im Ernst wohl nicht die Rede sein. Hatte doch die Sozialdemokratie gerade umgekehrt das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht auf ihre im Wahlkampf entrollten Fahnen geschrieben. Man muß deshalb mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die künftigen Ergänzungswahlen die sozialdemokratischen Reihen eher noch verstärken werden. Unter diesen Umständen bleibt den Abgeordneten der Ordnungsparteien kaum etwas andres übrig, als der Versuch, sich mit den neuen Kollegen einzurichten. Dazu giebt es zwei Mittel. Erstens, die Sozialdemokraten ruhig reden zu lassen, wenn sie, was nicht ausbleiben wird, die ungezeimte Metaphysik ihrer Heilslehren vortragen werden. Daß diese Gegner auch durch die zwingendste Logik nicht zu belehren oder gar zu befehlen sind, weiß heute jeder. Also schade um die verlorne Zeit. Zweitens scheint es aber ein Gebot der Klugheit sowohl wie der Gerechtigkeit, die neuen Abgeordneten im vollsten Umfange zur sachlichen Mitwirkung an den Geschäften heranzuziehen, vorausgesetzt, daß sie selbst hierzu bereit sind. Sich selbst aber hiervon auszuschließen, werden sie ihren Wählern gegenüber kaum wagen dürfen. Dafür haben sie im Wahlfeldzuge bereits zu ausgesprochene Stellung in verschiedenen Fragen der Gesetzgebung genommen. Die Sozialdemokraten sollten deshalb grundsätzlich in allen wichtigeren Ausschüssen der Kammer vertreten sein. Nun geben wir uns zwar darüber keiner Täuschung hin, daß sie, wie schon im Reichstage beim Arbeiterschutzgesetz, so auch im sächsischen Landtage schließlich doch gegen die Gesetze stimmen werden, an denen sie mit gearbeitet haben. Trotzdem braucht jene Mitarbeit nicht völlig unfruchtbar gewesen zu sein. Eine gewisse, wenn auch im Anfang noch so geringe Ausgleichung mancher Gegensätze ist doch von dem gegenseitigen Sichkennenlernen zu hoffen. Kein geringer Gewinn, wenn man bedenkt, wie fremd heute Bürger und Arbeiter einander geworden sind. An Intelligenz nehmen es die Sozialdemokraten zweifellos mit verschiedenen, namentlich ländlichen Abgeordneten auf. Auch muß man ihrer Presse das eine lassen, daß sie den innern sächsischen Angelegenheiten ein zwar sehr wenig wohlwollendes, aber doch viel regeres Interesse entgegenbringt, als andre Parteiblätter, deren Spalten über Pamir oder die Dardanellenfrage zu phantasieren und höchstens für Reichs- und preußische Politik, nicht aber für wichtige Fragen des eignen Staatslebens Raum zu haben pflegen.

Allgemein rühmt man, wie sehr die Sozialdemokraten den Vertrauensämtern gerecht werden, zu denen sie in den Krankenkassen, Unfallgenossenschaften u. s. w. neben den Arbeitgebern berufen sind. Warum soll nicht ein Gleiches, dereinst wenigstens, auch auf dem Landtage zu erreichen sein? Ein-

zelne Programmforderungen der Sozialdemokraten, vor allem die Entlastung der niedern, die stärkere Heranziehung der höhern Einkommen zur Einkommensteuer sind übrigens ebenfogut Forderungen der Ordnungsparteien. Über andre Fragen, wie die Schulgeldbefreiung, läßt sich mindestens streiten. Die Reform der Gefindeordnung ist bereits von der Regierung angekündigt. Die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit wird die Sozialdemokratie schwerlich zur Gegnerin haben. Man sieht, schon in der Gesetzgebung sind positive Ergebnisse unter Mitwirkung der Sozialdemokratie gar nicht ausgeschlossen. Noch sicherer zu erwarten sind sie auf dem Gebiete der allgemeinen Staatsverwaltung, auf dem die politischen Gesichtspunkte doch sehr zurücktreten. Wir meinen aber, daß die Zeit gekommen sei, wo ein Staat von der Bedeutung Sachsens auch an die Lösung solcher Aufgaben herantreten sollte, bei denen sich die moderne Volkswirtschaftslehre bis zu einem gewissen Grade dem sozialistischen Programm genähert hat. Um nur eines zu nennen, könnte nicht in der einen oder der andern unsrer hochentwickelten Staatsindustrien ein Versuch mit der Gewinnbeteiligung der Arbeiter gemacht werden? Die Regierung besitzt in ihrem Schoße für diese und ähnliche Fragen einige ausgezeichnete Kräfte, und man könnte gespannt sein, zu erfahren, wie sich sozialistische Landtagsabgeordnete hierzu stellen würden.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Noch einmal der Kölner Juristentag. Daß der Beschluß des Kölner Juristentags zu dem Entwurfe des Gesetzes gegen die Trunksucht in ganz Deutschland Aufsehen und bei allen ernst denkenden Männern Befremden hervorrufen würde, war sofort bei seinem Bekanntwerden klar. Es hat aber doch auch manche mit den Verhältnissen vertraute gegeben, die nicht nur über diesen Beschluß nicht erstaunt waren, sondern sogar mit ziemlicher Bestimmtheit vorher gesagt hatten, daß es so kommen würde.

Das Ansehen, das der deutsche Juristentag weithin genießt, ist, wenn man den wissenschaftlichen Wert eines großen Teils der für ihn ausgearbeiteten Gutachten und der dabei gehaltenen Vorträge zu Grunde legt, gewiß wohlverdient, andererseits aber ist unverkennbar, daß sich mehr und mehr Elemente in ihm breit machen, denen es durchaus nicht um die Sache, sondern vor allem oder allein um ihre liebe, kleine Person und deren Glorie zu thun ist. Den Beschlüssen des Juristentages aber wird keiner, der einmal einen Einblick in die Verhältnisse gethan hat (man kann nicht einmal sagen: hinter die Kulissen, denn die Verhältnisse liegen ganz klar zu Tage), irgend welche maßgebende Bedeutung beilegen.